

Durchführungsvertrag
zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 35/20
„Solarpark Dahlen-Heidberg“

gemäß § 12 BauGB

Zwischen der

Hansestadt Stendal
Markt 1, 39576 Hansestadt Stendal
Vertreten durch den Oberbürgermeister
Herrn Bastian Sieler

– nachfolgend „Hansestadt Stendal“ genannt –

und der

GP JOULE Projekt GmbH & Co. KG
Cecilienkoog 16
25821 Reußenköge

– nachfolgend „Vorhabenträgerin“ genannt –

wird folgender Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan
Nr. 35/20 „Solarpark Dahlen-Heidberg“ der Hansestadt Stendal geschlossen.



Vorbemerkungen

Nachdem durch den Stadtrat der Hansestadt Stendal am 06.07.2020 der Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 35/20 „Solarpark Stendal – Dahlen-Heidberg“ erfolgte und die öffentliche Auslegung stattgefunden hat, wird vor dem Satzungsbeschluss der nachfolgende Durchführungsvertrag hinsichtlich der Planung, Erschließung und Durchführung des Vorhabens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 35/20 „Solarpark Dahlen-Heidberg“ und zur 2. Änderung des Flächennutzungsplans „Solarpark Dahlen-Heidberg“ gemäß § 12 (1) Baugesetzbuch (BauGB) geschlossen.

Grundlagen dieser Vereinbarung sind der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans (**Anlage 1**), der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 41/21 „Solarpark Dahlen-Heidberg“ in der Fassung vom September 2024 (**Anlage 2**), der dazugehörige Vorhaben- und Erschließungsplan im Entwurf (**Anlage 3**) sowie der Entwurf des Beschlusses über die Abwägung der Stellungnahmen der Bürger, sowie der Träger öffentlicher Belange vom September 2024 (**Anlage 4**). Nach erfolgtem Abwägungsbeschluss werden die Parteien die Entwürfe durch die Beschlussfassung ersetzen.

Auf die Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit des Stadtrates im erforderlichen Planverfahren wird verwiesen (Planungshoheit der Gemeinde). Die Parteien sind sich darüber einig, dass der Vorhabenträgerin kein Anspruch auf Erlass des vorhabenbezogenen Bebauungsplans zusteht und dass der Stadtrat der Hansestadt Stendal diesbezüglich in seiner Entscheidung rechtlich frei ist.

§ 1 – Vorhaben, Eigentum im Vertragsgebiet

1. Die Vorhabenträgerin beabsichtigt im Vertragsgebiet die Errichtung einer oder mehrerer Photovoltaikanlagen (PVA) zur Gewinnung von Strom und dessen Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz. Diese Flächen hat sie sich vertraglich gesichert.
2. Das Vorhaben betrifft die Errichtung einer oder mehrerer PVA im Vertragsgebiet und die Errichtung aller hierzu erforderlichen Erschließungs- und Nebenanlagen und Anschlüsse, sowie die Ausführung aller anderen für die Errichtung und Nutzung der PVA erforderlichen Maßnahmen, inkl. naturschutz- oder artenrechtlicher Maßnahmen, welche dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan entsprechen oder vertraglich vereinbart werden.
3. Die PVA umfasst ca. 6,1 MWp. Für die Gesamtanlage ergibt sich eine mittlere jährliche Stromerzeugung von ca. 6396,9 MWh.
4. Zur planungsrechtlichen Sicherung des Vorhabens wird von der Hansestadt Stendal ein Bauleitplanverfahren gemäß § 2 Abs. 1 BauGB, durchgeführt, in welchem für das Vertragsgebiet ein Sondergebiet „Photovoltaik“ festgesetzt werden soll.
5. Das Vertragsgebiet umfasst die in **Anlage 1** gelb dargestellte Fläche mit einer Gesamtgröße von ca. 7,5 ha. Das Vertragsgebiet umfasst gem. **Anlage 1** vollständig oder anteilig folgende Flächen:

Nr.	Flurstück-Nr.	Flur	Gemarkung	Größe in m ²	Blatt	Amtsgericht
1	474	9	Dahlen	53.167	15356	Stendal
2	183	9	Dahlen	22.429	15356	Stendal



§ 2 – Durchführungspflichtung

1. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich, dass in § 1 beschriebene Vorhaben auf dem in § 1 Abs. 5 bezeichneten Grundbesitz auf der Grundlage des als **Anlage 2** im Entwurf beige-fügten vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und des dazugehörigen Vorhaben- und Erschließungsplans (**Anlage 3**) durchzuführen.
2. Ggf. notwendige Genehmigungsanträge sind oder werden von der Vorhabenträgerin bei der zuständigen Genehmigungsbehörde gestellt. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich hiermit ausdrücklich, die Auflagen und Hinweise, die von der Baugenehmigungsbehörde im Rahmen der konkreten Baugenehmigung bzw. der Genehmigungsfreistellung auferlegt werden, zu berücksichtigen. Die Baugenehmigungsbehörde ist berechtigt, etwaige Genehmigungsanträge der Vorhabenträgerin zurückzuweisen, die den Festsetzungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes nicht entsprechen.
3. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich, innerhalb von **24 Monaten** nach Rechtskraft der Baugenehmigung oder der Genehmigungsfreistellung mit der Realisierung des in § 1 beschriebenen Vorhabens zu beginnen und die Errichtung des Vorhabens **36 Monate** nach Rechtskraft der Baugenehmigung oder der Genehmigungsfreistellung abzuschließen.
4. Die im vorhabenbezogenen Bebauungsplan festgesetzten oder vertraglich vereinbarten Naturschutz- und artenrechtlichen Maßnahmen, alle Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen sowie weitere, in § 6 genannten Maßnahmen werden innerhalb von **48 Monaten** nach Rechtskraft der Baugenehmigung oder der Genehmigungsfreistellung auf eigene Kosten der Vorhabenträgerin verpflichtend, vollumfänglich hergestellt. Die Vorhabenträgerin zeigt der Stadt die Fertigstellung schriftlich an. Die Maßnahmen sind von der Hansestadt Stendal im Einvernehmen mit der zuständigen Fachbehörde des Landkreises und der Vorhabenträgerin gemeinsam abzunehmen.
5. Der Vorhabenträgerin ist bekannt, dass die Hansestadt Stendal gemäß § 12 (6) BauGB die Satzung aufheben soll (Aufhebungsverfahren), wenn sie nicht innerhalb der vorstehend genannten Fristen das Bauvorhaben beginnt und abschließt.
6. Eine Verlängerung der Durchführungsfristen kann nur durch einvernehmliche Vertrags-änderung erfolgen.
7. Ein Wechsel des Vorhabenträgers bedarf der Zustimmung der Hansestadt Stendal. Die Zustimmung kann verweigert werden, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Durchführung des Vorhabens innerhalb der vereinbarten Frist gefährdet ist. Ein Wechsel der Vorhabenträgers wurde seitens des Vorhabenträgers bereits angekündigt. Im Fall des Vorhabenträgerwechsels wird ein Nachtrag zum Durchführungsvertrag angefertigt und dem Stadtrat zum Beschluss vorgelegt.
8. Aus der Aufhebung der Satzung können Ansprüche gegen die Hansestadt Stendal gemäß § 12 (6) Baugesetzbuch nicht geltend gemacht werden.
9. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich, sämtliche Planungskosten, die zur Erstellung des Bebauungsplanes und des Vorhaben- und Erschließungsplanes anfallen, zu übernehmen. Dazu gehören die notwendigen Planunterlagen, erforderliche Fachgutachten inklusive Begründung, Umweltbericht und zusammenfassender Erklärung nach § 10a BauGB sowie die Gebühren für die Bekanntmachungen im Amtsblatt des Landkreises Stendal.

Nach dem Satzungsbeschluss übergibt die Vorhabenträgerin die Unterlagen in Verfahrensordnern in zweifacher Ausfertigung sowie die erstellten Planunterlagen digital. Der Bebauungsplan ist im X-Plan-Format für die Veröffentlichung in öffentlichen Geoportalen bereitzustellen.

§ 3 – Durchführung des Vorhabens

1. Das Vorhaben ist nach den Festsetzungen der Satzung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und den Darstellungen des Vorhaben- und Erschließungsplanes auszuführen. Dabei sind alle einschlägigen Deutschen Industrienormen (DIN) einzuhalten.
2. Insbesondere ist zu beachten und wie folgt zu verfahren:
 - a. Die Grundstücksfläche ist auf Kosten der Vorhabenträgerin baufrei zu machen, soweit dies noch nicht erfolgt ist.
 - b. Das Niederschlagswasser soll entweder vor Ort versickert oder aufgefangen werden. Für die Versickerung ist die wasserrechtliche Erlaubnis bei der Unteren Wasserbehörde einzuholen (sofern erforderlich). Der Nachweis der gesicherten Entsorgung des anfallenden Regenwassers ist erst dann erbracht, wenn durch die Untere Wasserbehörde die wasserrechtliche Erlaubnisfähigkeit der geplanten Versickerung bestätigt worden ist (sofern diese erforderlich ist).
 - c. Die Fertigstellung der PVA ist der Hansestadt Stendal anzuzeigen.

§ 4 – Erschließung

Die Vorhabenträgerin trägt sämtliche Kosten der inneren und äußeren Erschließung.

1. Innere Erschließung
 - a. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich, sämtliche Maßnahmen, die für die innere Erschließung des Vorhabens nötig sind, entsprechend des vorhabenbezogenen Bebauungsplans, nach den zwischen der Vorhabenträgerin und den Versorgungsträgern abgestimmten Plänen auf ihre Kosten durchzuführen. Dies betrifft auch die Feuerwehraufstellflächen sowie zur Brandbekämpfung nötigen Wege und Zufahrten. Dabei sind sämtliche einschlägige Deutschen Industrienormen (DIN) zu berücksichtigen.
 - b. Verpflichtend für die Vorhabenträgerin ist, dass Anpflanzungen gemäß den Festsetzungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes langfristig zu sichern und zu erhalten sind. Eingegangene Gehölze sind durch Nachpflanzungen zu ersetzen.
2. Äußere Erschließung
 - a. Der Vorhabenträgerin ist bekannt, dass eine positive Bescheidung ihrer Bauanträge oder der Genehmigungsfreistellung zwingend die äußere Erschließung des Vertragsgebietes voraussetzt.
 - b. Die Erschließung erfolgt über vorhandene Straßen: das Vorhabengebiet kann über Wirtschaftswege von der B 189 verkehrstechnisch erschlossen werden. Der Zustand dieser Wirtschaftswege ist vor Baubeginn und nach Fertigstellung durch eine Dokumentation festzustellen. Die jeweilige Dokumentation erfolgt durch eine Begehung mit mindestens einem Vertreter der Vorhabenträgerin und der Hansestadt Stendal. Die Straßen sind nach Abschluss der Bauarbeiten zur Errichtung der PVA durch die Vorhabenträgerin auf ihre Kosten in den ursprünglichen Zustand zu versetzen.
 - c. Sollten weitere Erschließungsmaßnahmen zum Zweck der vorhabenbezogenen Bebauung anfallen, sind diese durch die Vorhabenträgerin in eigenem Namen und auf eigene Rechnung zu tragen. Sie verpflichtet sich dabei nur Firmen zu beauftragen, die



hinreichend Gewähr für die technisch geordnete und qualitätsgerechte Abwicklung der Baumaßnahmen bieten.

- d. Sind Änderungen beim Anschluss an das öffentliche Straßennetz notwendig bzw. eine Zufahrt notwendig, so sind diese mit der Abteilung Tiefbau der Hansestadt Stendal abzustimmen bzw. zu beantragen.
 - e. Schäden, die der Hansestadt Stendal durch die Errichtung des Solarparks bei Nutzung öffentlicher Straßen entstehen, sind von der Vorhabenträgerin auf deren Kosten zu beseitigen.
3. Abnahme

Nach Fertigstellung der ggf. noch herzustellenen Erschließungsanlagen außerhalb des Solarparks, sind diese abschnitts- und gewerkeweise von der Hansestadt Stendal, den zuständigen Versorgungsunternehmen und der Vorhabenträgerin gemeinsam abzunehmen. Die Vorhabenträgerin setzt nach Absprache die Abnahmetermine fest. Das Ergebnis der Abnahme ist in Protokollen festzuhalten.

§ 5 – Kabelverlegung

1. Die Vorhabenträgerin ist berechtigt, in Abstimmung mit der Hansestadt Stendal in dem für die Einspeisung in das öffentliche Netz erforderlichen Umfang, entlang und in öffentlichen Wegen Kabel zu verlegen. Kabel im öffentlichen Bereich müssen als Erdkabel ausgeführt werden. Die Kabelverlegung hat nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu erfolgen. Nach der Verlegung der Kabel müssen die Oberflächen wieder in einen technisch einwandfreien Zustand versetzt werden.
2. Der Hansestadt Stendal sind nach Beendigung der Baumaßnahmen Pläne der eingemessenen Kabeltrassen auf einem elektronischen Datenträger in digitaler Form auszuhändigen. Der Plan der Kabeltrasse wird durch die Vorhabenträgerin erstellt.
3. Nach Durchführung der baulichen Maßnahmen auf öffentlichem Grund ist eine gemeinsame Abnahme mit einem Vertreter der Hansestadt Stendal durchzuführen. Über die Abnahme muss ein Protokoll angefertigt werden. Die Vorhabenträgerin hat die Beendigung der Baumaßnahmen unverzüglich schriftlich gegenüber der Hansestadt Stendal anzuzeigen.
4. Die Vorhabenträgerin haftet bis zur Abnahme nach Absatz 3 für Schäden, die infolge der Kabelverlegung an bereits verlegten Leitungen verursacht wurden. Die Vorhabenträgerin stellt die Hansestadt Stendal insoweit von allen Schadensersatzansprüchen frei. Diese Regelung gilt unbeschadet der Eigentumsverhältnisse.
5. Genauere Regelungen zur Kabelverlegung sind ggf. in einem gesonderten Gestattungsvertrag zu treffen.

§ 6 – Umweltbelange, Grünordnung, Kompensationsmaßnahmen

1. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich, die im vorhabenbezogenen Bebauungsplan festgesetzten sowie nachfolgend näher beschriebenen Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (nachfolgend „Ausgleichsmaßnahmen“) sowie die im vorhabenbezogenen Bebauungsplan festgesetzten und nachfolgend näher beschriebenen naturschutzfachlichen Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (nachfolgend „CEF-Maßnahmen“), soweit nichts weiteres geregelt ist, bis **48**

Monate nach Rechtskraft der Baugenehmigung oder der Genehmigungsfreistellung zu realisieren. Sollten nur Teile der PVA zur Realisierung kommen, so sind die Ausgleichs- und CEF-Maßnahmen entsprechend anteilig herzustellen. Die konkrete Vorgehensweise bei einer anteiligen Realisierung der Ausgleichs- bzw. CEF-Maßnahmen ist mit der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises abzustimmen.

2. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich in Bezug auf jegliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, den Pflanzplan bzw. Vorschriften aus dem Umweltbericht vollumfänglich einzuhalten.
3. **Pflichtverpflichtung:** Die Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie sonstige Grünmaßnahmen sind durch die Vorhabenträgerin für die Dauer der Vertragslaufzeit zu unterhalten (Pflegemaßnahmen, Unterhaltungsmaßnahmen).
4. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich, auf eigene Kosten und auf eigene Rechnung, zur Durchführung der Ausgleichs-, CEF- und Monitoringmaßnahmen gemäß dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan, vorstehenden Regelungen sowie dem Umweltbericht zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan und zur Übergabe der Ergebnisse an die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Stendal.
5. Erfüllt die Vorhabenträgerin ihre Verpflichtungen nicht oder nur fehlerhaft, so ist die Hansestadt Stendal berechtigt, ihr schriftlich eine angemessene Frist zur Ausführung der Arbeiten zu setzen. Verstreicht die Frist fruchtlos, ist die Hansestadt Stendal berechtigt, die Arbeiten auf Kosten der Vorhabenträgerin ausführen zu lassen oder von diesem Vertrag zurückzutreten. Dies gilt nicht, wenn die Vorhabenträgerin die Gründe nicht zu vertreten hat (z.B. Lieferverzögerungen, höhere Gewalt).
6. Die Vorhabenträgerin hat die für die Ausgleichs- und CEF-Maßnahmen erforderlichen Flächen vertraglich gesichert. Zudem sind die Ausgleichs- und CEF-Maßnahmen grundbuchrechtlich mit der Eintragung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit nach § 1090 BGB auf Anforderung und zu Gunsten der Hansestadt Stendal zur Unterlassung jeglicher Tätigkeiten, die der Entwicklung und dem dauerhaften Erhalt der Ausgleichsmaßnahmen für Zwecke des Naturschutzes entgegenstehen, zu sichern. Nur so kann gewährleistet werden, dass die festgelegten Maßnahmen dauerhaft geduldet werden (auch von eventuellen Rechtsnachfolgern etc.).

§ 7 – Benutzungsgebühren

Die Verpflichtung zur Zahlung von Benutzungsgebühren sowie von Straßenbeiträgen nach Landesrecht bzw. sonstigen an dessen Stelle tretenden öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Zahlungsverpflichtungen sowie von Beiträgen und Kosten für die spätere Erneuerung, Unterhaltung, Änderung oder Beseitigung des Kanalnetzes bzw. der Anschlussleitung für Kanal wird durch diesen Vertrag nicht berührt.

§ 8 – Rückbauverpflichtung, Bürgschaft

1. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich gegenüber der Gemeinde, spätestens innerhalb eines Zeitraumes von 12 Monaten nach endgültiger Stilllegung der PVA sämtliche auf dem Vertragsgebiet errichteten Photovoltaikfelder sowie sämtliche mit den Photovoltaikanlagen zusammenhängenden technischen Einrichtungen, einschließlich Netz- und Kabelverbindungen, auf eigene Kosten zurückzubauen. Die Ermittlung der Höhe der Rückbaukosten erfolgt im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens.



2. Zur Sicherung aller sich aus diesem Vertrag ergebenden Ansprüche der Hansestadt Stendal gegen die Vorhabenträgerin leistet Letztere der Hansestadt Stendal eine Gesamtsicherheit durch Übergabe eines selbstschuldnerischen, unwiderruflichen und unbefristeten Bürgschaft einer als Zoll- und Steuerbürgin zugelassenen Bank. Die Höhe der Gesamtsicherheit wird im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens mit der zuständigen Behörde festgelegt. Dieser Betrag ist zweckgebunden für den eventuellen Rückbau der PVA bei vollständiger Nutzungsaufgabe sowie Maßnahmen nach § 6 dieses Vertrags.
3. Die Sicherheit ist in voller Höhe vor Erteilung der Baugenehmigung oder der Genehmigungsfreistellung zu erbringen.
4. Sollte die Vorhabenträgerin im Rahmen eines öffentlich-rechtlichen Genehmigungsverfahrens, wie z.B. Baugenehmigung o.Ä., verpflichtet werden, den Rückbau abzusichern, ist die in dem betreffenden behördlichen Bescheid festgelegte Sicherheitsleistung maßgebend und ersetzt die Verpflichtung des Vorhabenträgers gegenüber der Hansestadt Stendal nach diesem Vertrag. Die Höhe und Hinterlegung der Bürgschaft wird gemäß § 71 BauO LSA geregelt. Die Vorhabenträgerin wird der Hansestadt Stendal eine gegenüber einer Behörde gestellte Sicherheitsleistung nachweisen; mit Zugang dieses Nachweises hat die Hansestadt Stendal eine bereits im Auftrag der Vorhabenträgerin gestellte Bürgschaft an der Vorhabenträgerin im Original zurückzugeben.
5. Nach vollständiger Erfüllung der Rückbauverpflichtung ist die von der Vorhabenträgerin überlassene Sicherheit, ohne dass es einer Aufforderung bedarf, von der Hansestadt Stendal freizugeben. Gleiches gilt, wenn der vorhabenbezogene Bebauungsplan nicht in Kraft tritt oder die Hansestadt Stendal gemäß § 11 Nr. 5 BauGB zurücktritt.

§ 9 – Weitere Pflichten, Haftung

1. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich, den steuerlichen Firmensitz für die PVA für die Dauer des Betriebes in der Hansestadt Stendal zu nehmen, oder andere verbindliche Regelungen zu treffen, die eine Abtretung der Gewerbesteuer an die Hansestadt Stendal ermöglicht. Alternativ verzichtet die Hansestadt Stendal auf die steuerliche Verlegung des Firmensitzes der Vorhabenträgerin in die Hansestadt Stendal und erhält gemäß Gewerbesteuerersplitting 2021 als Standortgemeinde 90 % der Gewerbesteuererträge, die sich nach der installierten Leistung nach § 31 EEG richtet.
2. Sollten mehrere gewerbesteuerberechtigte Gebietskörperschaften für die Zerlegung der Gewerbesteuer in Frage kommen und der Hansestadt Stendal als Standortgemeinde weniger als 90 % der Gewerbesteuererträge zustehen, wird die Vorhabenträgerin eine Gewerbesteuererlegungsvereinbarung zwischen den gewerbesteuerberechtigten Gebietskörperschaften abschließen.
3. Vom Tag des Beginns der Arbeiten zur Durchführung des Vorhabens übernimmt die Vorhabenträgerin im gesamten Vertragsgebiet die Verkehrssicherungspflicht.
4. Die Vorhabenträgerin haftet unmittelbar für alle Schäden, die der Stadt oder Dritten in Zusammenhang mit der Errichtung, der Inbetriebnahme und der Nutzung der PVA entstehen oder für die die Hansestadt Stendal von Dritten in Anspruch genommen wird. Diese Haftung wird durch die Vorhabenträgerin 4 Wochen vor Baubeginn der PVA durch eine entsprechende Haftpflichtversicherung in Höhe von 5 Mio. Euro pauschal für Sach- und Personenschäden je Schadenereignis nachgewiesen.
5. Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich, die in diesem Vertrag vereinbarten Pflichten und Bindungen einem evtl. Rechtsnachfolger mit Weitergabepflicht zu übergeben. Die

Durchführungsvertrag zum VEP Nr. 35/20 „Solarpark Dahlen-Heidberg“

Vorhabenträgerin haftet gegenüber der Hansestadt Stendal als Gesamtschuldner für die Erfüllung des Vertrages neben einem etwaigen Rechtsnachfolger, soweit die Hansestadt Stendal der Rechtsnachfolge nicht nach § 12 Abs. 5 BauGB zustimmt oder die Vorhabenträgerin anderweitig aus der Haftung entlässt. Im Allgemeinen gelten hier die Regelungen nach § 12 Abs. 5 BauGB.

§ 10 – Genehmigungen, Wirksamkeit

1. Dieser Vertrag steht unter der aufschiebenden Bedingung, dass der Stadtrat der Hansestadt Stendal den vorhabenbezogenen Bebauungsplan als Satzung beschließt.
2. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Eine konkludente Aufhebung der Schriftform ist nicht zulässig.
3. Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so soll er im Übrigen gleichwohl wirksam bleiben. Eine unwirksame Bestimmung ist in diesem Fall durch diejenige zulässige Bestimmung zu ersetzen, die den erstrebten rechtlichen und wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt.
4. Die Vertragspartner sind sich darin einig, dass die hier getroffenen Vereinbarungen der Realisierung des bezeichneten Vorhabens dienen sollen. Sie verpflichten sich gegenseitig, diese Vereinbarung, soweit erforderlich, mit Wohlwollen auszustatten und nach den Regeln über Treu und Glauben auszufüllen bzw. zu ergänzen.

§ 11 – Vertragsdauer

1. Die Vertragslaufzeit endet nach 30 Jahren, beginnend mit dem Tag der Unterzeichnung.
2. Eine Verlängerung kann nur durch einvernehmliche Vertragsänderung erfolgen.

§ 12 – Bestandteile des Vertrages

Bestandteile dieses Vertrages sind:

- a. Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans (Anlage 1)
- b. Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 35/20 „Solarpark Dahlen-Heidberg“ inkl. Anlagen (Anlage 2); nach dem Inkrafttreten des Bebauungsplans werden die Parteien den Entwurf durch den rechtskräftigen Bebauungsplan ersetzen.
- c. Vorhaben- und Erschließungsplan (Anlage 3)

§ 13 – Rücktrittsrecht, Kündigung

1. Die Vorhabenträgerin ist zum Rücktritt berechtigt, wenn der wirksam gewordene bzw. in Kraft getretene Bebauungsplan in wesentlichen Teilen oder Inhalten vom Entwurf des Bebauungsplanes abweicht und damit das Vorhaben in der geplanten Form undurchführbar oder unwirtschaftlich macht. Darüber hinaus ist die Vorhabenträgerin zum Rücktritt berechtigt, wenn sich die Grundvoraussetzungen dahingehend verschlechtern, dass eine Durchführbarkeit des Projekts unter wirtschaftlichen Aspekten nicht mehr möglich ist.
2. Die Kündigung dieses Vertrages kann von beiden Vertragsparteien nur aus wichtigem Grund erfolgen. Sie hat stets schriftlich zu erfolgen.



§ 14 – Schadensersatzansprüche

Sollte der Vertrag auf Grund des Fehlens der in § 10 Nr. 1 genannten Voraussetzungen nicht wirksam werden, so verzichtet die Vorhabenträgerin auf jegliche Schadensersatzansprüche gegenüber der Hansestadt Stendal. Die Vorhabenträgerin kann in diesem Fall keine Erstattung ihrer Aufwendungen von der Hansestadt Stendal verlangen.

§ 15 – Rechte Dritter

Es besteht Einvernehmen zwischen den Vertragsparteien, dass aus diesem Vertrag kein Grundstückskäufer und kein anderer Dritter unmittelbar Ansprüche gegen eine Vertragspartei herleiten kann.

§ 16 - Gerichtsstand

Gerichtsstand ist die Hansestadt Stendal.

§ 17 - Vollziehung

Dieser Vertrag wird in zweifacher Ausfertigung unterzeichnet.

Hansestadt Stendal, den

Reußenköge, den 23.07.2024

DocuSigned by:
Dr. Gerhard Schwartz
F94FCC3BCB4542C...

Bastian Sieler
Oberbürgermeister der
Hansestadt Stendal

GP JOULE Projekt GmbH & Co. KG

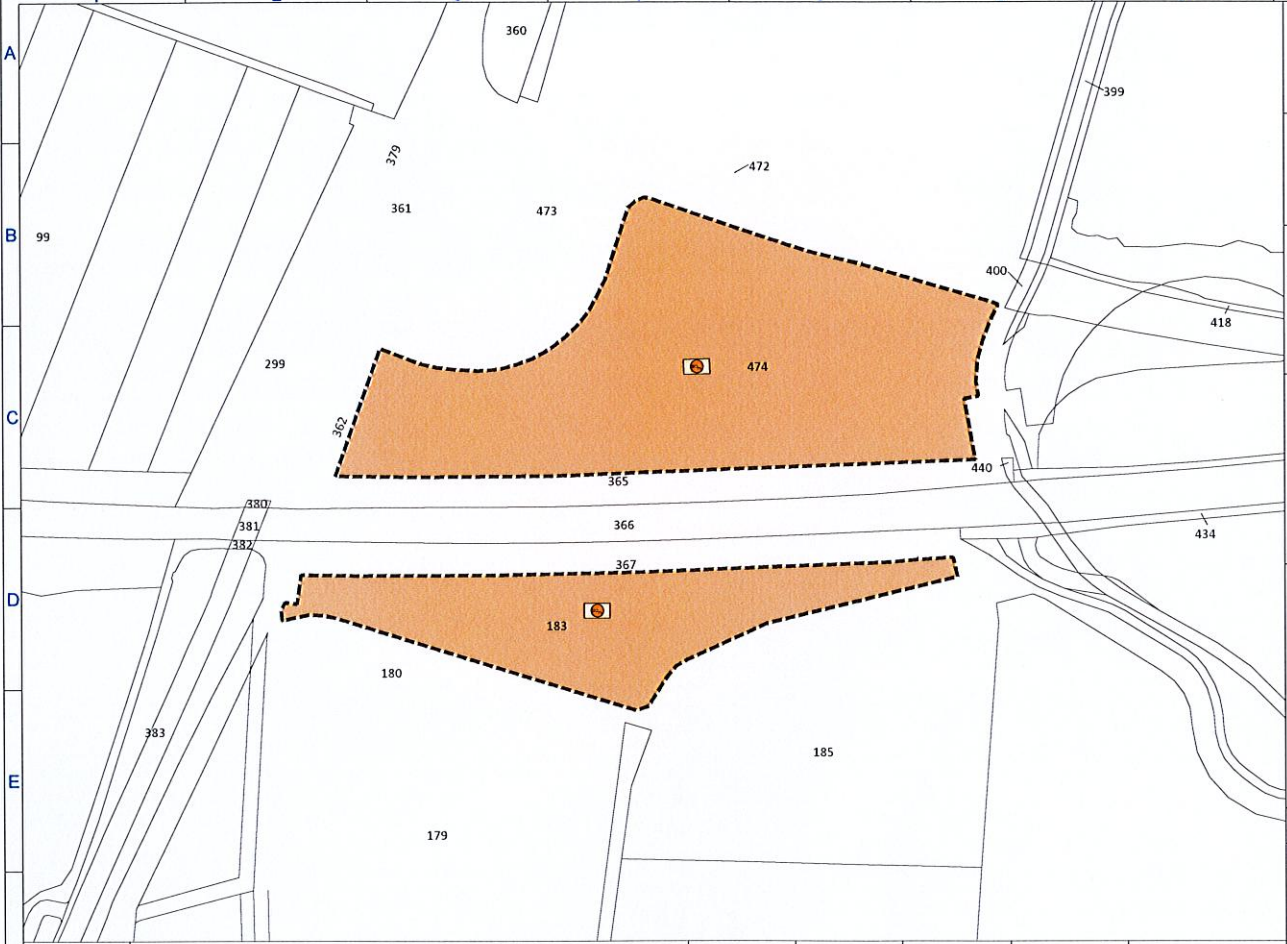
Anlagen

- | | |
|----------|---|
| Anlage 1 | Geltungsbereich des Bebauungsplans |
| Anlage 2 | Entwurf Bebauungsplan |
| Anlage 3 | Entwurf Vorhaben- und Erschließungsplan |

Anlage 1 Geltungsbereich des Bebauungsplans



DocuSign Envelope ID: B3BECF8E-17FD-477C-8A8C-68BEAEB97BFC



Verwaltung
 Bundesland: Sachsen-Anhalt
 Gemeinde: Stendal
 Gemarkung: Dahlen
 Flurstücksnummer: 474, 183
 Flächengröße: 7,56 ha

Anlagenübersicht
 Gesamtleistung: 8,1 MW_{pv}
 Trafoleistung: 5,100 kW_{tr}
 Modulverschaltung: 8 A24
 Module: Longi 187,2 Hz GD 610wp
 Anzahl: 10.008
 Wechselrichter: Huawei 330 KTL
 Anzahl: 17
 GRZ: 0,34

Legende
 - - - Geltungsbereich
 ■ Sondergebiet PV

GP JOULE
 TRUST YOUR ENERGY.
 GP JOULE Projects GmbH & Co. KG
 Büro: Meierhof 1
 86647 Buttenwiesen
 Telefon: +49 8274 9278-0
 Telefax: +49 8274 9278-599
 email: info@gpjoule.de
 web: www.gpjoule.de

Projekt	Solarpark Stendal (Dahlen)	Projektnummer	DEPV_503245	Maßstab	1 : 2.500	erstellt/geändert	Jacqueline Schüt	Revision	###	Datum erstellt/geändert	07.06.2024 / 07.06.2024
Planinhalt	Lageplan Geltungsbereich										

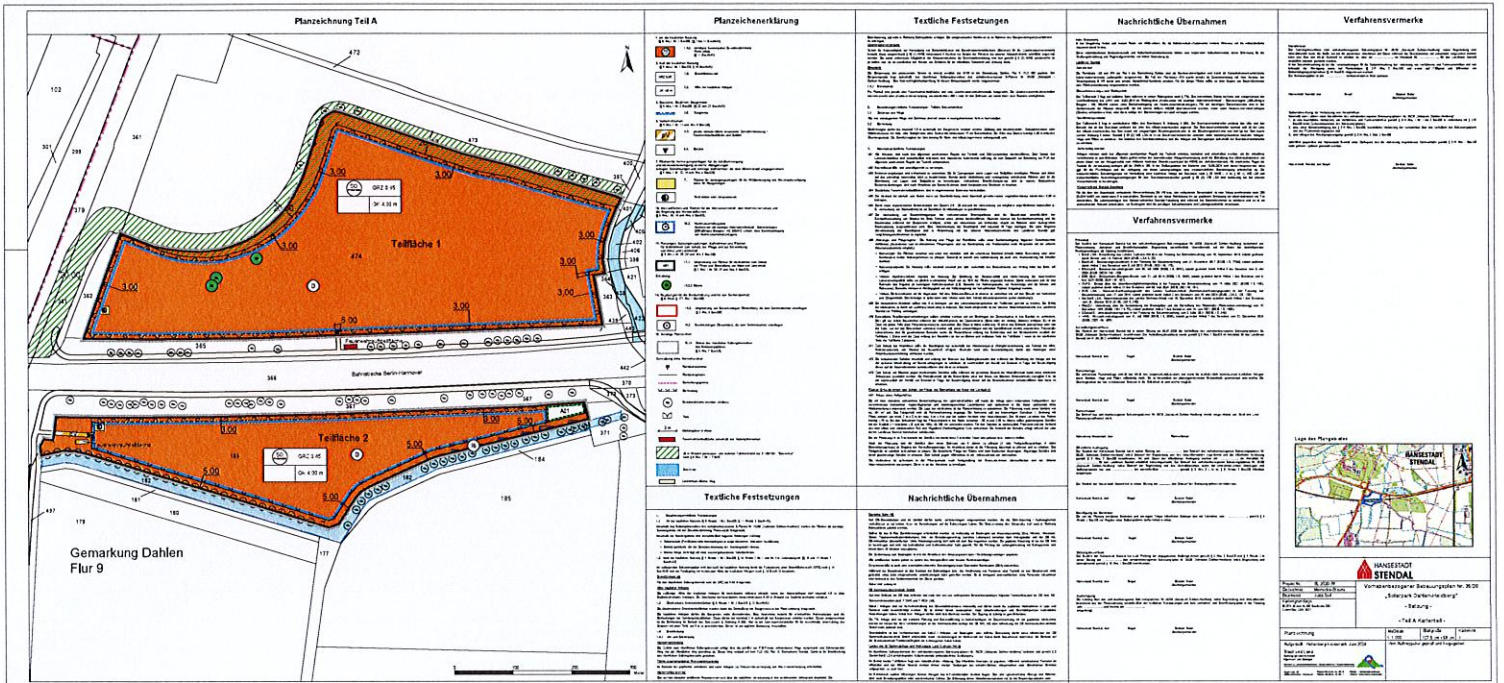
5 Diese Zeichnung ist urheberrechtlich geschützt und darf ohne unsere schriftliche Zustimmung keinen Dritten inhaltlich mitgeteilt noch ausgedrückt werden!

202403_STENDAL_DAHLEN

Durchführungsvertrag zum VEP Nr. 35/20 „Solarpark Dahlen-Heidberg“

Anlage 2 Entwurf Bebauungsplan

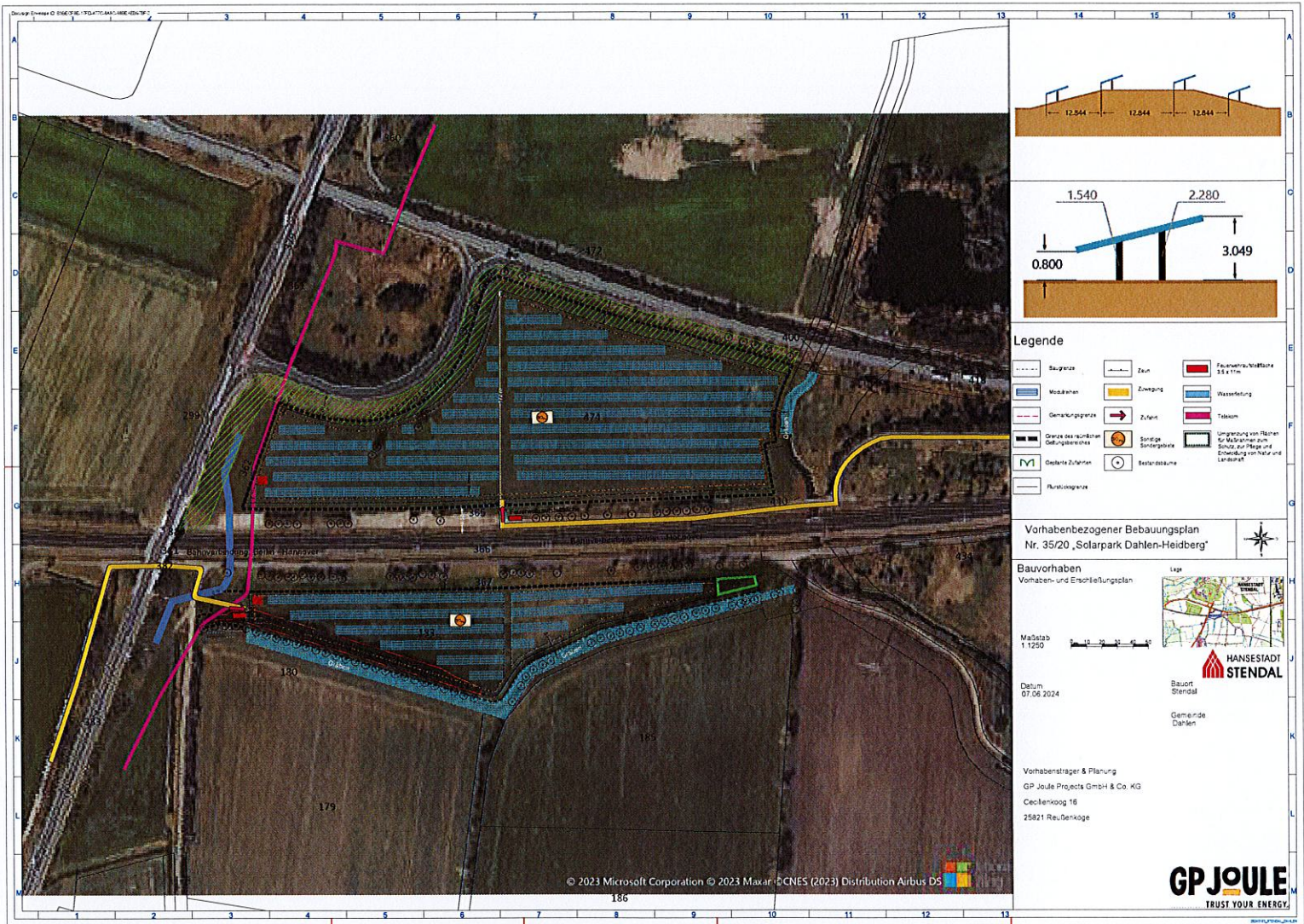




Planzeichenerklärung	
	1. Baugruben
	2. Entwässerung
	3. Grünflächen
	4. Verkehrsflächen
	5. Sonstige Flächen
	6. Wasserflächen
	7. Grünflächen
	8. Verkehrsflächen
	9. Sonstige Flächen
	10. Wasserflächen
	11. Grünflächen
	12. Verkehrsflächen
	13. Sonstige Flächen
	14. Wasserflächen
	15. Grünflächen
	16. Verkehrsflächen
	17. Sonstige Flächen
	18. Wasserflächen
	19. Grünflächen
	20. Verkehrsflächen
	21. Sonstige Flächen
	22. Wasserflächen
	23. Grünflächen
	24. Verkehrsflächen
	25. Sonstige Flächen
	26. Wasserflächen
	27. Grünflächen
	28. Verkehrsflächen
	29. Sonstige Flächen
	30. Wasserflächen
	31. Grünflächen
	32. Verkehrsflächen
	33. Sonstige Flächen
	34. Wasserflächen
	35. Grünflächen
	36. Verkehrsflächen
	37. Sonstige Flächen
	38. Wasserflächen
	39. Grünflächen
	40. Verkehrsflächen
	41. Sonstige Flächen
	42. Wasserflächen
	43. Grünflächen
	44. Verkehrsflächen
	45. Sonstige Flächen
	46. Wasserflächen
	47. Grünflächen
	48. Verkehrsflächen
	49. Sonstige Flächen
	50. Wasserflächen
	51. Grünflächen
	52. Verkehrsflächen
	53. Sonstige Flächen
	54. Wasserflächen
	55. Grünflächen
	56. Verkehrsflächen
	57. Sonstige Flächen
	58. Wasserflächen
	59. Grünflächen
	60. Verkehrsflächen
	61. Sonstige Flächen
	62. Wasserflächen
	63. Grünflächen
	64. Verkehrsflächen
	65. Sonstige Flächen
	66. Wasserflächen
	67. Grünflächen
	68. Verkehrsflächen
	69. Sonstige Flächen
	70. Wasserflächen
	71. Grünflächen
	72. Verkehrsflächen
	73. Sonstige Flächen
	74. Wasserflächen
	75. Grünflächen
	76. Verkehrsflächen
	77. Sonstige Flächen
	78. Wasserflächen
	79. Grünflächen
	80. Verkehrsflächen
	81. Sonstige Flächen
	82. Wasserflächen
	83. Grünflächen
	84. Verkehrsflächen
	85. Sonstige Flächen
	86. Wasserflächen
	87. Grünflächen
	88. Verkehrsflächen
	89. Sonstige Flächen
	90. Wasserflächen
	91. Grünflächen
	92. Verkehrsflächen
	93. Sonstige Flächen
	94. Wasserflächen
	95. Grünflächen
	96. Verkehrsflächen
	97. Sonstige Flächen
	98. Wasserflächen
	99. Grünflächen
	100. Verkehrsflächen
	101. Sonstige Flächen
	102. Wasserflächen
	103. Grünflächen
	104. Verkehrsflächen
	105. Sonstige Flächen
	106. Wasserflächen
	107. Grünflächen
	108. Verkehrsflächen
	109. Sonstige Flächen
	110. Wasserflächen
	111. Grünflächen
	112. Verkehrsflächen
	113. Sonstige Flächen
	114. Wasserflächen
	115. Grünflächen
	116. Verkehrsflächen
	117. Sonstige Flächen
	118. Wasserflächen
	119. Grünflächen
	120. Verkehrsflächen
	121. Sonstige Flächen
	122. Wasserflächen
	123. Grünflächen
	124. Verkehrsflächen
	125. Sonstige Flächen
	126. Wasserflächen
	127. Grünflächen
	128. Verkehrsflächen
	129. Sonstige Flächen
	130. Wasserflächen
	131. Grünflächen
	132. Verkehrsflächen
	133. Sonstige Flächen
	134. Wasserflächen
	135. Grünflächen
	136. Verkehrsflächen
	137. Sonstige Flächen
	138. Wasserflächen
	139. Grünflächen
	140. Verkehrsflächen
	141. Sonstige Flächen
	142. Wasserflächen
	143. Grünflächen
	144. Verkehrsflächen
	145. Sonstige Flächen
	146. Wasserflächen
	147. Grünflächen
	148. Verkehrsflächen
	149. Sonstige Flächen
	150. Wasserflächen
	151. Grünflächen
	152. Verkehrsflächen
	153. Sonstige Flächen
	154. Wasserflächen
	155. Grünflächen
	156. Verkehrsflächen
	157. Sonstige Flächen
	158. Wasserflächen
	159. Grünflächen
	160. Verkehrsflächen
	161. Sonstige Flächen
	162. Wasserflächen
	163. Grünflächen
	164. Verkehrsflächen
	165. Sonstige Flächen
	166. Wasserflächen
	167. Grünflächen
	168. Verkehrsflächen
	169. Sonstige Flächen
	170. Wasserflächen
	171. Grünflächen
	172. Verkehrsflächen
	173. Sonstige Flächen
	174. Wasserflächen
	175. Grünflächen
	176. Verkehrsflächen
	177. Sonstige Flächen
	178. Wasserflächen
	179. Grünflächen
	180. Verkehrsflächen
	181. Sonstige Flächen
	182. Wasserflächen
	183. Grünflächen
	184. Verkehrsflächen
	185. Sonstige Flächen
	186. Wasserflächen
	187. Grünflächen
	188. Verkehrsflächen
	189. Sonstige Flächen
	190. Wasserflächen
	191. Grünflächen
	192. Verkehrsflächen
	193. Sonstige Flächen
	194. Wasserflächen
	195. Grünflächen
	196. Verkehrsflächen
	197. Sonstige Flächen
	198. Wasserflächen
	199. Grünflächen
	200. Verkehrsflächen
	201. Sonstige Flächen
	202. Wasserflächen
	203. Grünflächen
	204. Verkehrsflächen
	205. Sonstige Flächen
	206. Wasserflächen
	207. Grünflächen
	208. Verkehrsflächen
	209. Sonstige Flächen
	210. Wasserflächen
	211. Grünflächen
	212. Verkehrsflächen
	213. Sonstige Flächen
	214. Wasserflächen
	215. Grünflächen
	216. Verkehrsflächen
	217. Sonstige Flächen
	218. Wasserflächen
	219. Grünflächen
	220. Verkehrsflächen
	221. Sonstige Flächen
	222. Wasserflächen
	223. Grünflächen
	224. Verkehrsflächen
	225. Sonstige Flächen
	226. Wasserflächen
	227. Grünflächen
	228. Verkehrsflächen
	229. Sonstige Flächen
	230. Wasserflächen
	231. Grünflächen
	232. Verkehrsflächen
	233. Sonstige Flächen
	234. Wasserflächen
	235. Grünflächen
	236. Verkehrsflächen
	237. Sonstige Flächen
	238. Wasserflächen
	239. Grünflächen
	240. Verkehrsflächen
	241. Sonstige Flächen
	242. Wasserflächen
	243. Grünflächen
	244. Verkehrsflächen
	245. Sonstige Flächen
	246. Wasserflächen
	247. Grünflächen
	248. Verkehrsflächen
	249. Sonstige Flächen
	250. Wasserflächen
	251. Grünflächen
	252. Verkehrsflächen
	253. Sonstige Flächen
	254. Wasserflächen
	255. Grünflächen
	256. Verkehrsflächen
	257. Sonstige Flächen
	258. Wasserflächen
	259. Grünflächen
	260. Verkehrsflächen
	261. Sonstige Flächen
	262. Wasserflächen
	263. Grünflächen
	264. Verkehrsflächen
	265. Sonstige Flächen
	266. Wasserflächen
	267. Grünflächen
	268. Verkehrsflächen
	269. Sonstige Flächen
	270. Wasserflächen
	271. Grünflächen
	272. Verkehrsflächen
	273. Sonstige Flächen
	274. Wasserflächen
	275. Grünflächen
	276. Verkehrsflächen
	277. Sonstige Flächen
	278. Wasserflächen
	279. Grünflächen
	280. Verkehrsflächen
	281. Sonstige Flächen
	282. Wasserflächen
	283. Grünflächen
	284. Verkehrsflächen
	285. Sonstige Flächen
	286. Wasserflächen
	287. Grünflächen
	288. Verkehrsflächen
	289. Sonstige Flächen
	290. Wasserflächen
	291. Grünflächen
	292. Verkehrsflächen
	293. Sonstige Flächen
	294. Wasserflächen
	295. Grünflächen

Anlage 3 Entwurf Vorhaben- und Erschließungsplan





© 2023 Microsoft Corporation © 2023 Maxar © CNES (2023) Distribution Airbus DS
186

GP JOULE
TRUST YOUR ENERGY